

Peinlich nur, dass sich bei der Tagung der European Association for South Asian Studies und bis zur Abschlussfeier keine europäische Universität als Austragungsort für die 19. Konferenz gefunden hat. Der Ort, der im Gespräch war, zog nach Bedenkzeit zurück, weil die in der Tat mammuthaften Organisationsleistungen nicht erbracht werden können. Sollte die Veranstaltung etwa an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt sein? Das wäre ihr nicht zu wünschen. Schließlich bietet sie ein weltweit doch einzigartiges Forum für Studenten und Dozenten zum fruchtbaren Austausch. Dies scheint vor allem der Zweck dieser Art von Großkonferenz zu sein – und das ist gut so. Als Kontaktbörse spielt sie eine nicht zu unterschätzende Rolle, der auch die schwedischen Organisatoren Rechnung trugen, indem sie die ansonsten immer knapp bemessenen Kaffeepausen auf zweimal eine Stunde pro Tag ansetzten. Das ließ genügend zeitlichen Spielraum, um die oft gedrängten Sektionen zu strecken und sich gleichzeitig noch am ‚networking‘ zu beteiligen, sprich Kontakte zu halten und neue zu knüpfen.

Nun darf die europäische wie die globale Gemeinschaft der Südasiensforscher gespannt sein, wo die nächste Südasienskonferenz stattfinden wird. Dass sie stattfinden wird, davon kann ausgegangen werden. Und so kann man sich bereits jetzt wieder darauf freuen, alte Bekannte und neue Kollegen zu treffen, exzellente wissenschaftliche Ergebnisse zu vernehmen, Pläne zu kleineren Tagungen zu schmieden, der Veröffentlichung eines eigenen Forschungsartikels oder von Editionsprojekten entgegenzusehen und sich in zwei Jahren vielleicht selbst mit einer Sektion oder mit einem Referat an der Konferenz zu beteiligen. Und damit wäre der 19. Conference of South Asian Studies schon jetzt Genüge getan.

*Michael Mann*

### **Still Shining? – India after the 2004 Elections**

Berlin, 2. – 3. Juli 2004

Die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen in Indien sorgten allgemein für eine große Überraschung, hatten doch eigentlich alle Beobachter der indischen Politik, allen voran die in den letzten Jahren immer zahlreicher auftretenden Meinungsforscher, einen problemlosen Wahlsieg der regierenden BJP-Koalition vorausgesagt. Umso größer war dann die Verwunderung, als endgültig feststand, dass das oppositionelle Bündnis namens United Progressive Alliance (UPA) mit der Congress-Partei an der Spitze über die BJP-geführte National Democratic Alliance (NDA) triumphiert hatte. Die Ursachen dieses unerwarteten Wahlergebnisses aufzuzeigen und zu diskutieren, war Sinn und Zweck des internationalen Symposions „Still Shining? –

India after the 2004 Elections“, das am 2. und 3. Juli 2004 in Berlin in dem ansprechenden Magnus-Haus, schräg gegenüber vom Pergamon-Museum stattfand. Der überschaubare Rahmen der Tagung, die reibungslose Organisation und das sehr angenehme Ambiente des Magnus-Hauses schufen beste Bedingungen für einen anregenden und vielfältigen Austausch nicht nur unter den Vortragenden, sondern auch mit dem Auditorium, unter ihm auch der indische Botschafter. Das Symposium wurde vom Seminar für Geschichte und Gesellschaft Südasiens an der Humboldt-Universität zu Berlin und seinem Direktor, Prof. Dr. Jürgen Lütt, veranstaltet und von Daimler-Chrysler dankenswerterweise finanziell unterstützt.

In sechs Sitzungen stellten 15 Wissenschaftler aus Deutschland und Indien ihre Analysen vor. Das Spektrum der Themen reichte von längerfristigen Trends in der indischen Politik (Dhirubhai L. Sheth, Niraya Gopal Jayal, Klaus Voll), Regionalismus und Parteienentwicklung (Joachim Oesterheld), spezifischen Analysen der Wahlergebnisse und des Wählerverhaltens (Clemens Jürgenmeyer, Peter R. deSouza, Suhas Palshikar) bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik (Ashok Acharya, Rahul P. Das, Veena Ravikumar, Christian Wagner). Eine Podiumsdiskussion am Ende der Veranstaltung (Ashis Nandy, Subrata K. Mitra, Lothar Lutze, Jürgen Lütt) führte die verschiedenen Aspekte und Thesen der Vorträge zu einer abschließenden Bewertung zusammen.

Das überraschende Wahlergebnis, so der durchgängige Tenor der Beiträge, lässt sich nicht auf eine zentrale Ursache zurückführen. Das Wahlverhalten der Inder ist viel zu heterogen. Pauschale Erklärungen, die Wahl sei ein Verdikt gegen die unsoziale Wirtschaftspolitik der BJP-Regierung, gegen die Globalisierung und Liberalisierung, gegen die Reichen und für mehr soziale Gerechtigkeit, entbehren zwar nicht eines gewissen Charmes, taugen jedoch nicht zur Bestimmung eines hochdifferenzierten Wählerverhaltens in einem der in jeder Hinsicht heterogensten Länder der Welt. Quantitativ gesehen ist der Wahlsieg der UPA das Ergebnis einer geschickten Allianzbildung und des sog. seat adjustment, das sich unter den Bedingungen des indischen Mehrheitswahlrechts zugunsten der UPA auswirkte. So haben die beiden großen Parteien BJP und Congress fast gleich viele Stimmenanteile verloren, dennoch büßte die BJP 44 Sitze ein, während der Congress 33 Mandate hinzugewann. Der Congress hat seine frühere Arroganz abgelegt und Wahlallianzen gebildet, so wie es die BJP bei den Wahlen im Jahre 1999 erfolgreich vorgemacht hatte. Die aktuelle Regierung ist in doppelter Hinsicht eine Minderheitsregierung. Sie verfügt weder über die Mehrheit der abgegebenen Stimmen noch der Sitze im Parlament. Sie wird von außen, namentlich von den beiden kommunistischen Parteien, gestützt. Insgesamt 18 Parteien zählt das Regierungslager, das bezeichnenderweise durch ein Common Minimum Programme zusammengehalten wird.

Das Wahlverhalten der Minoritäten und der Armen spielt in Indien aufgrund der Größe dieser Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle. Mit 12 % der Bevölkerung stellen die Muslime die größte Minoritätengruppe dar. Besonders nach den traumatischen Ereignissen in Gujarat im Frühjahr 2002 fühlten sie sich vernachlässigt und ohne staatlichen Schutz. Die UPA warb erfolgreich um das Vertrauen der Muslime und erhielt etwas über 50 % der Stimmen muslimischer Wähler, während die BJP und ihre Verbündeten nur 11 % verzeichnen konnten. Das Stimmverhalten der Muslime, das als ein Akt der Selbstbehauptung und Missbilligung der Hindutva-Politik gesehen werden kann, variiert allerdings nach Bundesstaaten. Mithin gibt es keine uniforme, indienweite Parteienpräferenz unter den Muslimen. Dies gilt auch für die armen und ganz armen Schichten der indischen Gesellschaft. Die Präferenz für die UPA ist hier jedoch deutlich geringer ausgeprägt als bei den Muslimen. Die linken Parteien sowie die Bahujan Samaj Party und die Samajwadi Party, beide vor allem in Uttar Pradesh, erhielten mehrheitlich ihre Stimmen von den Armen.

Der Prozess der Regionalisierung und Differenzierung der indischen Politik lässt sich deutlich an dem Gesamtstimmenanteil aller regionalen Parteien von leicht über 50 % ablesen. Vorbei sind die Zeiten, als der Congress das indische Parteiensystem dominierte. Koalitionsregierungen sind in Indien zum Normalfall geworden. Diese sind keineswegs als Zeichen wachsender politischer Instabilität zu sehen.

Die jüngsten Wahlen stehen also eher für Kontinuität als für einen grundlegenden Wandel der indischen Politik. Dies gilt auch für die Außenbeziehungen, wie die verschiedenen Referenten erläutert haben. Zur Politik der Annäherung an Pakistan gebe es keine Alternative. Auch gegenüber den USA wird die neue Regierung keinen prinzipiell anderen Kurs fahren als ihre Vorgängerin. Ziel der indischen Außenpolitik wird bleiben, das Land als asiatische Großmacht in einer multipolaren Welt zu etablieren und darauf zu achten, dass der Nachbar Pakistan nicht allzu sehr von den USA im Zuge des Antiterrorismuskampfes aufgewertet wird.

Unter den Teilnehmern herrschte ganz überwiegend die Einschätzung vor, dass diese Wahlen aufs Neue die Stabilität und Funktionstüchtigkeit der größten Demokratie der Welt bestätigt haben. Allen Kassandrarufern zum Trotz entwickelt sich diese Demokratie seit über fünf Jahrzehnten stetig weiter. Die Forderung eines Referenten, das Land brauche so etwas wie einen indischen Bismarck, um der wachsenden sozialen Krise Einhalt zu gebieten, kommentierte ein Diskutant der Schlussrunde kurz und bündig so: What a nightmare!